

# Kampf der Ideen

von Rainer Eisfeld



**Titel** Kampf der Ideen

**Untertitel** Die Geschichte politischer Theorien im Kontext

**Autor(en)** Samuel Salzborn

**Land** Deutschland

**Erschienen** Baden-Baden 2015: Nomos

**Umfang** 201 S.

**Preis** EUR 29

**ISBN** 9783848723249

## Samuel Salzborn plädiert für eine streitbare Geschichte politischer Theorien

In seiner „Überblicksdarstellung“ (7) sucht Samuel Salzborn politische Ideen, statt sie aus sich heraus zu erklären, im Kontext ihrer jeweiligen politischen und sozialen Entstehungsbedingungen zu verorten – eine ebenso schwierige wie verlockende und lohnende Aufgabe. Methodisch verfährt er dabei „stark angelehnt“ (8) an *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, das Iring Fetscher und Herfried Münkler

zwischen 1985 und 1993 herausgebracht haben. Wie ein roter Faden zieht sich durch dessen fünf Bände, die von den frühen Hochkulturen bis zu den Neuen Sozialen Bewegungen der Gegenwart reichen, die Suche nach Einstellungen, Verhaltensweisen und Institutionen, die bei der Lösung grundlegender Fragen unserer Existenz helfen können: Wie lässt das Zusammenleben von Menschen sich friedlich und gerecht organisieren? Wodurch werden Rückfälle in Despotie oder Tyrannei gefördert und auf welche Weise können sie vermieden werden? Ganz in diesem Sinn plädiert Salzborn für eine Position, welche „Rationalismus, Demokratie und moralische[n] Universalismus“ gleichermaßen als „Projekt und Ziel“ definiert, „die zu verteidigen Sinn macht“ (41).

Bereits bei Fetscher und Münkler findet sich im 5. Band (1987) des *Handbuchs* allerdings auch ein skeptischer Akzent, nämlich dort, wo sie die „Zerrissenheit und Vielgliedrigkeit der politischen Ideengeschichte“ eines Jahrhunderts diagnostizieren, dessen präzedenzloses Ausmaß an Gewaltanwendung „fast durchweg“ in Form ideologisch begründeter Konflikte ausgetragen worden sei.[1] Salzborn geht in seiner pessimistischen Einschätzung noch ein erhebliches Stück weiter (145): „Antiuniversalistische Bewegungen“ wie Antiamerikanismus, Islamismus oder Antisemitismus hätten „zunehmend die theoretische Hoheit über die weltpolitischen Konflikte erlangt“. Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 befinde die „universalistische Theoriebildung“ sich „in der Defensive“, ziele der Deutungsanspruch politischer Theoriebildung „nicht mehr auf die soziale Wahrheit, sondern lediglich noch die intellektuelle Hegemonie“. Damit aber, so Salzborn, „degradier[e]“ die Disziplin sich selbst im „allerschlechtesten Sinne zur rein philosophischen Übung“ (146).

Salzborn gelangt nicht zuletzt deshalb zu diesem Urteil, weil er den Fundus politischer Theorien und Ideen in Anlehnung an Marcus Llanque und andere als „Arsenal“ auffasst.[2] Damit lasse sich ihre Funktion als „Waffe“ im „Entstehungskontext von [...] politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“ ebenso „kritisch kommentieren“ und erfassen wie ihre Verwendung als „Instrument“ in „aktuellen politischen Debatten“ (16). Von Anfang an geht es dem Autor dabei sowohl um ihre Wahrheit im Sinne von „Wahrheitsanspruch“ [Herv. n. i. Orig.] als auch um ihre Dominanz im Sinne mindestens zeitweiser intellektueller und (darauf fußend) „gesellschaftliche[r] Hegemonie“ (18; Herv. n. i. Orig.) – wobei die Grenzen zwischen beiden Dimensionen durchlässiger sind, als Salzborn in seiner fulminanten, oben zitierten Schlusskritik unterstellt.

Weil Ideen sich mit konkurrierenden politischen und sozialen Bewegungen verbinden, sind Salzborn zufolge „Kämpfe um das Arsenal der Ideen folglich auch immer empirische, d. h. soziale und politische Kämpfe“ (19). Mit ihnen wird aber nicht nur um Deutungsmacht gerungen, sondern auch um Legitimation. Anknüpfend an die Ansätze des historischen Kontextualismus und der politischen Kulturforschung, deren Perspektiven er sich zu eigen macht, erweist jedwede Theorie des Politischen sich für Salzborn als „Theorie der Entscheidung über

Herrschaft: Wer kann und/oder darf mit oder ohne welche Berechtigung mit welchen Mitteln über wen bestimmen?“ (26)

Um sich den Blick auf die „weltgeschichtlich[e] Dimension von politischen Theorien“ (32)

nicht zu verstellen, verwirft Salzborn ausdrücklich den Begriff der „Staatstheorie“ [Herv. n. i. Orig.]. Seine einleuchtenden Argumente lauten: Erstens haben zahlreiche Einheiten der heutigen Weltordnung „ihrer realen Verfasstheit nach“ die „faktischen Voraussetzungen zur Konstituierung als Nationalstaaten“ im westeuropäisch-amerikanischen Sinn allenfalls unvollkommen erfüllt - nicht zuletzt, „weil imperialistische und koloniale Aggressionen westlicher Mächte Entwicklungs- und Emanzipationsprozesse torpediert haben“ (31). Zweitens haben sich Paradigmen etabliert (Reich, *umma*, Tribalismus, Pan-Ideologien), die zwar gleichfalls auf die Schaffung politischer Ordnungen zielen, aber als „Gegen- oder Konkurrenzkonzepte“ zum Staatsbegriff fungieren (32). Die „Weltgeschichte“ politischer Theorien versucht Salzborn deshalb - vernünftigerweise unter Verzicht auf jegliche Teleologie - mit Blick auf ihre funktionalen Zusammenhänge als „Theorie nicht-relativierbarer Ungleichzeitigkeiten“ zu fassen. Auf der Kennzeichnung „ungleichzeitig“ beharrt er, weil das Programm der Moderne zunächst vom Westen aus weltweit vorgetragen worden sei, um dann in nichtwestlich/postkolonialen Gesellschaften einen noch andauernden Prozess eigener Denkwirkungen herauszufordern. Auf diese Weise will Salzborn retten, was er einen „multiperspektivischen“ Universalismus nennt - „multiperspektivisch“ in eben dem Sinn, dass nicht-westliche Denker in „jeweils spezifischen Weisen“ auf das kulturell hegemoniale Projekt der Moderne des ökonomisch dominanten Westens reagiert haben. Die Vorteile dieser Sichtweise sieht er darin, dass sie auf „Denkimperialismus“ ebenso verzichtet wie auf den Relativismus „kulturalistische[r]“ - deshalb vorgeblich „authentischer“ - „Beliebigkeit“ (33, 36-38): Auch Jürgen Habermas würde man „nie nahelegen, doch einfach nur für Deutschland zu sprechen“ (37/38).

Ein kritisch-selbstkritisch unterlegter Universalismus, wie Salzborn ihn anstrebt, muss sich bewusst bleiben, dass das „Gleichheitsversprechen der Aufklärung“ - Emanzipation zum Individuum und zum Subjekt - auf der Grundlage weltweiter „sozialer und ökonomischer Ungleichheit“, der „Degradierung“ gar eines „Teil[s] der Menschheit zu Objekten und Waren“, formuliert wurde und folglich geprägt blieb durch fundamentale „Ambivalenzen“ (28, 33, 43). Salzborn zeichnet nach, wie auf der Basis einer „vom Postulat der Vernunft inspirierte[n] Weltsicht“ die Einsichts- und entsprechende Handlungsfähigkeit des Subjekts zur Kernfrage der Legitimation politischer Ordnung und damit schließlich der Theorie des Liberalismus wurde (52/53, 57). Deren Verheißungen beurteilt Salzborn als ebenso „ambivalent“ wie die der Aufklärung, versprach der Liberalismus doch zugleich politische *und* ökonomische Freiheit, also Freiheit von ungerechtfertigtem Zwang *und* „Freiheit des Profits“ (57/60).

Aus der Bandbreite theoretischer Reaktionen auf die politischen wie ökonomischen

Ansprüche des Liberalismus unterscheidet Salzborn (61–81) zunächst Varianten und Mischformen von Konservatismus, Sozialismus, Republikanismus und Antikolonialismus (im Fall des Anarchismus spricht er von einer „Radikalisierung“ liberaler Staatsfeindlichkeit). Dabei fällt ein jeweils kurzer Blick auch auf Regionen außerhalb der westlichen Hemisphäre, wie etwa das Osmanische Reich, das zaristische Russland, Indien, Korea oder die Länder Lateinamerikas. Biologistisch-rassistische und andere „essentialistische“ Herrschaftsdiskurse wie den Nationalsozialismus sowie asiatische und europäische Faschismen stuft Salzborn einerseits zu Recht als Bewegungen ein, die er der „Abwehr von Moderne und Aufklärung“ zuordnet (90). Doch lässt sich diese Einordnung nicht widerspruchsfrei vermitteln mit der andererseits zustimmend von ihm referierten Diagnose Horkheimers und Adornos, der zufolge die Aufklärung selbst „in ihrer Ambivalenz“ eine „narzisstische Omnipotenzphantasie“ (mit der fatalen Folge der Selbstausslieferung an fantasierte biologistische „Gesetzmäßigkeiten“) erzeugt und so erst den „Pfad“ zu derartigen Bewegungen gelegt habe (83). Salzborn übergeht damit kritische Einwände von Jürgen Habermas oder auch Jeffrey Herf, die der *Dialektik der Aufklärung* unzulässige „Verallgemeinerungen und Vereinfachungen“<sup>[3]</sup> beziehungsweise eine überzogene „Generalisierung deutscher Desaster zu Debakeln der Moderne als solcher“<sup>[4]</sup> attestiert haben.

Mit Auschwitz, mit dem Zivilisationsbruch der Shoah hat nach der Lesart Salzborns und vieler anderer die „erste“ Moderne geendet. Damit aber stellen sich eine Reihe von Fragen: Kann es eine „zweite“, egalitärere, tolerantere Moderne geben? Gibt es „Befreiungstheorien“, die sich erledigt haben? Wer streitet „mit welchen Rechtfertigungs- und Begründungsmodellen“ für oder gegen eine solche Vision? Welche „neue[n] politiktheoretischen Paradigmen“ haben sich den bisherigen zugesellt (100/101, 125)? Außer den vulgärmarxistischen Lehren Stalins und Maos referiert und bewertet Salzborn mit knappen Strichen die anti-imperialistischen, antikolonialen und antirassistischen Ideen Marcus Garveys, Julius Nyereres, Kwame Nkrumahs, Léopold Sédar Senghors, Frantz Fanons sowie schließlich Martin Luther Kings. Ausführlichere Abschnitte widmet er hingegen dem „feministische(n) Kampf um bürgerliche Teilhabe“ (118) und verschiedenen Spielarten des *environmentalism* und *ecologism*, in denen er potentielle Alternativen zur kapitalistischen Wachstumsorientierung (126 ff.) erkennt. Gleichfalls breitere Berücksichtigung finden das auf dem Ideal herrschaftsfreier öffentlicher Kommunikation fußende Konzept deliberativer Demokratie (133 ff.) sowie Prozesse der Transformation und der „Demokratisierung“, bei Salzborn verstanden als Etablierung weiterer demokratischer Regime im internationalen Kontext (139 ff.).

Der deliberativen Theorie gesteht Salzborn zwar die Funktion einer möglichen „Vertiefung“ von Mitwirkungsmöglichkeiten der liberalen Demokratie zu. Er macht aber zugleich keinen Hehl aus seiner tiefen Skepsis gegenüber dem, was er als „kosmopolitische Illusion“ einer „kleinen, hoch gebildeten, finanziell unabhängigen und kosmopolitisch agierenden Elite“ beurteilt, der er vorhält, „weltfremd“ gegenüber sozialen Realitäten zu sein (136, 137). Erstaunen muss Salzborns verengtes Verständnis von „Demokratisierung“, lässt er doch die Perspektive jener

„dritten demokratischen Transformation“ (Dahl) gänzlich außer Acht, die auf vermehrte politische Ressourcengleichheit zielt und Kapitalkonzerne als „politische“ Gebilde versteht, deren *self management* durch Arbeiter und Angestellte sie ins Auge fasst.[5]

Wie eingangs erwähnt, sieht Salzborn die Chance einer „zweiten“, sich diesmal selbstkritisch auf ihre Prämissen, Abläufe und Wirkungen befragenden Moderne am massivsten gefährdet durch die „Bindeglied[er]“ eines „modernefeindlichen Weltbild[s]“, die in anti-emanzipatorischer Absicht „Wahn- und Projektionsstruktur[en]“ miteinander vereinen: Antiamerikanismus, Antisemitismus und Islamismus (108, 147 ff.). Man wird dieser Diagnose kaum widersprechen können. Im Rahmen einer kontextbezogenen Darstellung politischer Theorien fiele sie freilich noch überzeugender aus, hätte Salzborn berücksichtigt, dass auch bei den Adressaten solcher Hassphantasien manche eigenen ideologischen Beiträge der von ihm erhofften Selbstreflexion der Moderne wenig förderlich sind. Im Fall der USA wäre jene, aus der Verschmelzung moralisch-religiöser und egalitär-gewinnorientierter Komponenten entstandene Auffassung des eigenen *exceptionalism* zu nennen, die als Legitimation dient, um weltweit – notfalls auch mit militärischen Mitteln – für demokratische Werte und amerikanische Geschäftsinteressen einzutreten.[6] Im Falle Israels ließe sich verweisen auf militant-nationalistische Ausprägungen des Revisionistischen Zionismus (Jabotinsky; Begin; Irgun; Cherut).[7]

Salzborns Essay, der auf einer erheblichen Zahl eigener theoriebezogener Arbeiten des Autors fußt, ist ein vielfältig anregender, bisweilen provozierender Text, mit dem eine Auseinandersetzung sich unbedingt lohnt. Das Wörtchen „Auseinandersetzung“ impliziert dabei, dass weitere Darstellungen, von denen einige hier in den vorstehenden Fußnoten erwähnt wurden, heranzuziehen wären; insbesondere auf eine tatsächliche „Weltgeschichte“ politischer Ideen kann und will Salzborn in seinem 200 Seiten umfassenden Band natürlich nur pointierte Hinweise geben. Bedauerlicherweise verwehrt die Fülle überlanger Sätze einen leichteren Zugang zu den von ihm vorgetragenen Argumenten. Auch aus diesem Grund wäre dem Buch eine zweite, bearbeitete Auflage zu wünschen.

---

#### Fußnoten

[1] Iring Fetscher/Herfried Münkler, Vorwort, in: dies. (Hg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 5: Neuzeit. Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen, München 1987, S. 20.

[2] Harald Bluhm/Karsten Fischer/Marcus Llanque, Ideenpolitik in Geschichte und Gegenwart, in: dies. (Hg.): Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin 2011, S. IX–XIII, hier S. IX/X.

[3] Jürgen Habermas, The Entwinement of Myth and Enlightenment, in: New German Critique 26 (1982), S. 13–20, hier S. 17. Helmut König, Elemente des Antisemitismus.

Kommentare und Interpretationen zu einem Kapitel der ‚Dialektik der Aufklärung‘ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Weilerswist 2016, S. 267, hat den Vorbehalt jüngst wieder aufgegriffen („...berauben sie... das Besondere und historisch Spezifische jeglichen Eigensinns und verwandeln es in ein Exemplar negativer Allgemeinheit“).

[4] Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism: Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984, S. 10. - Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main 1969, S. X, haben im Vorwort zur Neuauflage des Buchs (1969) selbst vermerkt, ohne dies weiter zu spezifizieren: „Wir wollten nicht retouchieren, was wir geschrieben hatten, nicht einmal die offenkundig inadäquaten Stellen... Durch solche Zurückhaltung wird das Buch zur Dokumentation; wir *hoffen* [Herv. n. i. Orig.], es sei zugleich mehr“.

[5] Vgl. etwa Carol Pateman, *Participation and Democratic Theory*, Cambridge 1970, insbes. Kap. III, IV; Robert A. Dahl, *Democracy and its Critics*, New Haven 1989, Kap. 23; Rainer Eisinger (Hg.), *Pluralism. Developments in the Theory and Practice of Democracy*, Opladen 2006.

[6] Siehe dazu u.a. Seymour Martin Lipset, *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York 1996, insbes. S. 19/20, 34, 60, 63 ff.

[7] Vgl. Colin Shindler, *The Land Beyond Promise: Israel, Likud and the Zionist Dream*, London 2002; ders.: *The Rise of the Israeli Right*, Cambridge 2015.